

Niederschrift Nr. 1 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Sitzungstermin: Dienstag, 05.12.2006
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:06 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II
Den Vorsitz führte: Heino Ammersken

Anwesend:

SPD-Fraktion

Götze, Horst
Grix, Helga
Meyer, Elfriede
Meyer, Lina
Schulze, Kai-Uwe
Stöhr, Friedrich

CDU-Fraktion

Orth, Petra
Schönsee, Carmen

FDP-Fraktion

Ammersken, Heino
Bolinus, Rolf

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Schild, Walter

Fraktion DIE LINKE. Grundmandat

Graf, Wilfried

Beratende Mitglieder

Grix, Wilhelm
Haarmeyer, Norbert
Hollander, Volkmar

von der Verwaltung

Lutz, Martin Erster Stadtrat
Tempel, Doris
Decker, Ubbo Dr.
Discus, Gerhard
Engels, Josef
Szag, Elisabeth

Protokollführer

Ubben, Wolfgang

Niederschrift Nr. 1 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Ammersken begrüßt die Anwesenden, insbesondere die neuen Mitglieder des Ausschusses für Gesundheit und Soziales und eröffnet die Sitzung

Beschluss:

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Pflichtenbelehrung der beratenden Mitglieder gem. § 28 NGO

Herr Ammersken übernimmt gem. § 28 NGO die Pflichtenbelehrung für die beratenden Mitglieder.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss:

Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Von den anwesenden Zuschauern erfolgt keine Wortmeldung.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Bildung eines fünfköpfigen Beratungsgremiums gemäß § 116 Abs. 2 SGB XII auf Vorschlag der Fraktionen
Vorlage: 15/0080

Frau Tempel erläutert die Vorlage. Mit der Wahl des Rates zur 15. Legislaturperiode und der daraus resultierenden Neubesetzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales sei die Neubildung des Beratungsgremiums erforderlich. Die CDU-Fraktion werde gebeten, einen Vertreter/eine Vertreterin für die Besetzung dieses Gremiums zu benennen.

Frau Orth teilt mit, dass die CDU-Fraktion Frau Carmen Schönsee als Mitglied des Beratungsgremiums benennt. Stellvertreterin ist Frau Petra Orth.

Frau Tempel weist darauf hin, dass die 1. Sitzung des Beratungsgremiums am 20.12.2006 erfolgen werde.

Niederschrift Nr. 1 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Beschluss:

Der Gesundheits- und Sozialausschuss benennt aus seiner Mitte folgende fünf Personen als Mitglieder des Beratungsgremiums (beratende Beteiligung sozial erfahrener Personen vor dem Erlass der Widerspruchsbescheide in Sozialhilfeangelegenheiten gemäß § 116 Abs. 2 SGB XII):

<u>Mitglieder</u>	<u>Vertreter/ in</u>
1. Helga Grix	(Kai-Uwe Schulze)
2. Lina Meyer	(Horst Götze)
3. Elfriede Meyer	(Friedrich Stöhr)
4. Carmen Schönsee	(Petra Orth)
5. Rolf Bolinius	(Heino Ammersken)

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 6 Sozialpsychiatrischer Verbund Emden
Vorlage: 15/0075

Herr Ostermann stellt den Sozialpsychiatrischen Verbund Emden vor. Der Verbund bestehe bereits seit 1997 und stütze sich auf gesetzliche Vorgaben nach § 8 Nieders. Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen (PsychKG). Anhand eines Diagramms gibt Herr Ostermann einen Überblick über die psychiatrischen Hilfsangebote in Emden. Er weist darauf hin, dass in Emden bereits seit langem ein dichtes und qualitativ gutes Versorgungsangebot vorläge. Vor allem die veränderten sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erfordern in den kommenden Jahren eine engere Vernetzung durch Kooperation der bestehenden Angebote mit dem Ziel der Ausnutzung von Synergieeffekten und der Verhinderung sozialer Ausgrenzung sowie der Verschlechterung der sozialen und psychischen Lage. Insbesondere komme der ambulanten Versorgung eine immer stärker werdende Bedeutung zu.

Für Emden bedeute dies, sich zukünftig deutlich stärker als bisher der Altersentwicklung zu stellen. Neben den Säulen Kinder/Jugendliche/Sport und Lehre/Ausbildung/Arbeit sei die dritte Säule das Alter und damit der Verbleib der Menschen in ihren Wohnungen bzw. Wohnvierteln sowie die Gesundheitsversorgung dieser Menschen. Es sei zwar eine ausreichende Versorgung mit stationären Wohnheimplätzen vorhanden, es fehle jedoch aus Sicht des Sozialpsychiatrischen Verbundes ein ausbaufähiges ambulantes Betreuungsangebot. Daher sei die verbesserte Vernetzung der bisherigen Altenplanung sinnvoll und dringend geboten. Ein weiteres Problemfeld stelle das vollständig fehlende Versorgungsangebot für den Bereich Kinder- und Jugendpsychiatrie dar. Mit Schließung der Ambulanz im Emder Krankenhaus sei hier jegliches Wirken zum Erliegen gekommen. Daher müsse auch hier dringend nach Lösungsmöglichkeiten gesucht werden.

Als 3. Problemfeld sei die Versorgung chronisch suchtkranker Menschen zu benennen. Auch hier fehle bisher ein stützendes Wohn- und tagesstrukturierendes Angebot im ambulanten Bereich. Allerdings habe dieser Bereich bereits durch den Tagesaufenthalt mit der Praxis AKUT eine Verbesserung erfahren. Darüber hinaus existiere inzwischen ein betreutes Wohnangebot sowie ein stützendes Angebot zur Tagesstruktur in der Tagesstätte Tandem. Herr Ostermann macht deutlich, dass der ambulante Bereich neben dem stationären Bereich mindestens ebenso gewichtig sei und vieler Hände und Köpfe bedarf. Daher richte er auch an dieses Gremium die Bitte, an der Vernetzung der vorhandenen Strukturen mitzuwirken.

Niederschrift Nr. 1 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Frau Elfriede Meyer erkundigt sich, ob regelmäßig Treffen mit den einzelnen Einrichtungen stattfinden würden.

Herr Ostermann erwidert, dass zweimal jährlich Vollversammlungen mit allen Vertretern der jeweiligen Einrichtungen stattfinden. Allerdings bestünden seitens der Einrichtungen keine Verpflichtungen, sich an getroffene Beschlüsse zu halten. Da Einrichtungen zum Teil miteinander konkurrieren, sei hier noch Entwicklungsarbeit erforderlich.

Herr Schild möchte wissen, ob der im Tagesaufenthalt tätigen Ärztin gekündigt werden soll und ob die Arbeit dadurch gefährdet sei.

Herr Dr. Decker erklärt, dass eine Kündigung nicht geplant sei.

Frau Orth fragt nach, wie hoch der Bedarf in der Kinder- und Jugendpsychiatrie sei.

Herr Ostermann erläutert, dass zurzeit keine verlässlichen Zahlen vorliegen. Allerdings werde seit Jahren ein ständig steigender Bedarf festgestellt. Er führt weiter aus, dass es Wunsch sei, zusammen mit dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales sowie der Öffentlichkeit einen Fachbeirat zu schaffen, der die Belange der psychisch kranken Menschen stärke.

Herr Götze verweist auf die Studie der DAK, wonach bereits heute die Krankschreibung wg. psychischer Probleme die größte Häufigkeit zeige. Er erkundigt sich, welche Präventionsmaßnahmen geplant seien.

Herr Ostermann führt aus, dass eine Kooperation mit dem Präventionsrat erforderlich ist. Die primäre Aufgabe des sozialpsychiatrischen Verbundes sei es, Lücken zu verringern und Doppelstrukturen aufzulösen. Darüber hinaus gebe es die Selbstverpflichtung, für psychisch kranke Menschen in Emden ein Angebot zu schaffen. Abschließend weist Herr Ostermann auf eine Aktualisierung des Sozialpsychiatrischen Plans hin.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN UND GRUPPEN

TOP 7 Weihnachtsbeihilfe 2006 für Empfänger von Arbeitslosengeld II bzw. Sozialhilfe entsprechend des SGB II und SGB XII in der Stadt Emden;
- Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 07.11.2006 -
Vorlage: 15/0077

Herr Ammersken weist darauf hin, dass bzgl. des Antrages ein Mitwirkungsverbot gem. § 26 Nieders. Gemeindeordnung bestehe. Die Angelegenheit sei daher über den Verwaltungsausschuss an den Rat zu verweisen. Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Beschluss:

Verweisung an den Verwaltungsausschuss

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 1 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

TOP 8 Erstellung eines Mietspiegels für die Stadt Emden auf der Grundlage des Urteils 58/06 des Bundessozialgerichtes Karlsruhe;
- Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 07.11.2006 -
Vorlage: 15/0079

Herr Graf erklärt, dass in Emden kein Mietspiegel existiere, während in den Städten Aurich, Norden und Leer mit einem Mietspiegel gearbeitet werde. Die Notwendigkeit für die Erstellung eines Mietspiegels sei gegeben, da es in Emden Probleme bei der Anrechnung und Anerkennung von Mietkosten gebe. Da nicht mit aktuellen Zahlen gearbeitet werde, richte sich seine Bitte an den Ausschuss für Gesundheit und Soziales sowie an den Rat, die Erstellung eines Mietspiegels zu befürworten.

Herr Lutz führt aus, dass das im Antrag der Fraktion Die Linke. erwähnte Urteil einen anderen Sachverhalt betreffe. Darüber hinaus lägen Leitsätze aus diesem Urteil bislang nicht vor. Darüber hinaus gelte ein Mietspiegel nur für Wohnungen auf dem freien Wohnungsmarkt und nicht für Wohnungen, die im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus gefördert worden sind. Daher würde ein Mietspiegel keinen Gewinn für Emden bringen.

Sofern ein Mietspiegel erstellt werden solle, müsse dafür zusätzliches Personal bereit gestellt werden. Auch für die Pflege eines solchen Mietspiegels sei die Bereitstellung von Personal erforderlich. Darüber hinaus seien Vermieter berechtigt, aufgrund der Vergleichsmiete eines Mietspiegels die von Ihnen geforderten Mieten anzupassen, was in der Regel einer Kostensteigerung gleichkäme. Nach derzeitiger Einschätzung sei die Stadt Emden bei der Anerkennung von Mietkosten sehr großzügig. Zudem erfolge in jedem Fall eine Einzelfallprüfung. Die Notwendigkeit eines Mietspiegels werde daher nicht gesehen.

Herr Ammersken erklärt, dass die FDP-Fraktion den Antrag ablehnen werde, da derzeit kein Nutzen für die Stadt Emden ersichtlich sei.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Erstellung eines Mietspiegels für die Stadt Emden auf der Grundlage des Urteils 58/06 des Bundessozialgerichtes Karlsruhe vom 07.11.2006

Ergebnis: einstimmig abgelehnt

TOP 9 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Herr Engels erläutert aufgrund vorliegender Anfragen anhand eines kurzen Vortrages die Neuorientierung der Förderpraxis in der offenen Altenhilfe. Hintergrund für die Neugestaltung sei das Ergebnis der Arbeitsgruppe Demografischer Wandel, wonach es in Emden immer mehr alte, kranke und vereinsamte Menschen gäbe. Um einer Vereinsamung und der damit möglicherweise verbundenen psychischen Erkrankung vorzubeugen, solle die Förderung alter Menschen intensiviert werden. Der Verwaltung sei durchaus bewusst, welche wertvolle Arbeit in den Vereinen und Verbänden im Rahmen der Altenhilfe geleistet werde. Jedoch reiche diese Arbeit nicht aus, um der gegenwärtigen Entwicklung entgegenzuwirken. Daher sollten beginnend mit dem Jahr 2006 ausschließlich Projekte gefördert werden, die u. a. zum Ziel haben, der Vereinsamung und psychischen Erkrankung von älteren Menschen vorzubeugen.

Eine entsprechende Antragstellung sei notwendig, um eine ausgewogene Projektfinanzierung sicherzustellen. Die eingereichten Anträge werden von einer Jury bewertet, deren Besetzung nach Funktionen erfolge und sich an die vom GSO und vom Verwaltungsausschuss beschlossenen Vorgaben halte (siehe Anlage).

Niederschrift Nr. 1 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Herr Grix äußert seinen Unmut und bringt zum Ausdruck, dass der Fragebogen für Projekte eine Überforderung für die Vereine darstelle. Er halte die Art und Weise der jetzigen Vorgehensweise überdenkenswert, zumal auch durch die Vereinsarbeit der Vereinsamung älterer Menschen entscheidend entgegengewirkt werde. Auch die Vereine würden projektorientiertes Handeln leisten, so dass er die Aufforderung an die Verwaltung richte, ihr jetziges Handeln zu überdenken.

Herr Lutz erwidert, dass im Rahmen der Haushaltskonsolidierung eine Richtlinie entwickelt worden sei, die auch die Förderung neu regule. Nachdem diese Richtlinie auch in diesem Ausschuss ihre Zustimmung bekommen habe, werde nunmehr entsprechend gehandelt. Sofern eine andere Handlungsweise gewünscht werde, müsse die Richtlinie überarbeitet und in den zuständigen städtischen Gremien neu beraten und beschlossen werden.

Herr Engels weist darauf hin, dass der Antrag im Wesentlichen nur aus 3 Punkten bestünde. Es werde abgefragt, welche Institution mit welchem Projekt und der Art der Finanzierung einen Antrag stellt. Da die Mittel nur begrenzt zur Verfügung stünden, würde dies für den Fall, dass alle Antragsteller berücksichtigt werden würden, bedeuten, dass nach dem Gießkannenprinzip gehandelt werde.

Herr Ammersken schlägt vor, in der nächsten Sitzung des Ausschuss für Gesundheit und Soziales das Thema neu zu behandeln.

Herr Dr. Decker führt aus, dass die Arbeit des Mammomobils in Emden erfolgreich zum Anschluss gebracht worden sei. Insgesamt wurden 6.280 Frauen zu einer Vorsorgeuntersuchung im Rahmen von Brustkrebserkrankungen eingeladen. 3.848 Frauen hätten einen Untersuchungstermin wahrgenommen, was einen Prozentanteil von 61,3 % entspräche. Bei 115 Frauen sei eine spezielle Nachuntersuchung erforderlich gewesen und 32 Brustkrebserkrankungen seien entdeckt worden. Er danke allen Beteiligten und der Presse für die geleistete Unterstützung.

Frau Lina Meyer spricht Herrn Dr. Decker ihren Dank aus. Sie fragt an, warum nicht Frauen bis zu einem Alter von 59 Jahren eingeladen worden sind.

Herr Dr. Decker erwidert, dass die Vorsorgeuntersuchungen für Frauen unter 59 Jahren von der Finanzierung, z.B. durch Krankenkassen, abhängig sei.

TOP 10 Anfragen

Frau Lina Meyer möchte wissen, warum das Land Niedersachsen mit der Beschaffung eines Impfstoffes gegen Gebärmutterhalskrebs abwarte.

Herr Dr. Decker erklärt, dass es sich um einen sehr neuen und teuren Impfstoff handele und daher das Land sehr bedeckt halte.

Frau Orth möchte wissen, ob bzgl. der Wirksamkeit des Impfstoffes ausreichend Studien durchgeführt worden seien.

Herr Dr. Decker erklärt, dass dies erfolgt sei und die Studien aus seiner fachlichen Sicht überzeugend wären.

Niederschrift Nr. 1 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Frau Lina Meyer bittet um Abgabe eines Sachstandsberichtes für die Larrelter Batterie. Im Übrigen würden dort verstärkt Autos parken, die eine Gefährdung bei Dunkelheit darstellen.

Frau Tempel sicherte zu, in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Gesundheit und Soziales einen entsprechenden Sachstandsbericht abzugeben. Die im Fachdienst Wohnen geschaffene Stelle für die Betreuung der in der Larrelter Batterie untergebrachten Bewohner habe inzwischen die Arbeit aufgenommen. Voraussichtlich erfolge in absehbarer Zeit eine dezentrale Unterbringung der Heimbewohner in einer Wohngruppe. Die Frage der parkenden Fahrzeuge sei vom FD Öffentliche Sicherheit und Ordnung zu klären. Einen entsprechender Hinweis werde von hier erfolgen.

Herr Grix erkundigt sich, welche Personen unter die neue Abschieberegulung fallen werden.

Frau Tempel führt aus, dass die sich in der Larrelter Batterie aufhaltenden Personen voraussichtlich nicht unter die neue Bleiberechtsregelung fallen.

Frau Lina Meyer erkundigt sich nach dem Norovirus, der auf einem Luxusliner ausgebrochen sei. Auch in Emden sei von ca. 3 Jahren dieser Virus aufgetreten. Sie möchte wissen, ob es derzeit in Emden entsprechende Fälle gibt und was geplant sei.

Herr Dr. Decker macht deutlich, dass sich der Virus bereits seit längerem im Umlauf befinde. Es handele sich um keinen starken Virus, für den ein besonderer Schutz notwendig wäre. Gleichwohl sei dieser Virus nicht ungefährlich. Daher sollte jeder auf eine entsprechende Hygiene achten.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung und wünscht allen Beteiligten ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr.